

GPA-djp-Katzian: Brauchen ein starkes öffentliches Pensionssystem

Utl.: IFES-Befragung bestätigt: Beschäftigte vertrauen dem öffentlichen System =

Wien (OTS) - Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) Wolfgang Katzian, appellierte heute an die Vertreter der Finanzwirtschaft und mancher politischen Kräfte, das öffentliche Pensionssystem nicht permanent schlecht zureden. "Private und betriebliche Pensionsvorsorge macht als Ergänzung zum Umlagesystem Sinn, die Bewerbung darf aber nicht mit einer Diffamierung des öffentlichen Systems verbunden sein. Das öffentliche Pensionssystem ist zukunftsfit, vorausgesetzt die Wirtschaft wächst und ist mit einem hohen Maß an Beschäftigung verbunden", so Katzian zum Auftakt einer österreichweiten GPA-djp BetriebsrätInnenkonferenz, die heute unter dem Motto "Fakten statt Panikmache" mit mehr als 800 TeilnehmerInnen in Wien stattfand.

"Die Angriffe auf das öffentliche Pensionssystem in Österreich sind so alt wie das System selbst. Bereits kurz nach Einführung des ASVG wurde von der Unfinanzierbarkeit der staatlichen Pensionen gesprochen. Von „schottreif“ bis „explodiert unter der Hand“ lauten Horrorszenarien, die allerdings nie eingetreten sind", so Katzian.

"Die Tatsache, dass die Lebenserwartung der Menschen steigt, ist nicht neu. Trotzdem bleiben die Pensionen finanzierbar, da auch die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft steigt. Die gesamten öffentlichen Pensionsausgaben machen derzeit ca. 14% der Wirtschaftsleistung (BIP) aus. Trotz eines deutlichen Anstiegs der Menschen im Pensionsalter in den nächsten Jahrzehnten wird der Anteil der Pensionsausgaben nach den neuesten Prognosen bis zum Jahr 2060 nur auf ca. 14,4% des BIP steigen", erklärt der Leiter der GPA-djp Grundlagenabteilung, David Mum.

"Mit dem neuen Pensionskonto hat jeder Versicherte einen Überblick über die bereits erworbenen Pensionsansprüche. Der Betrag am Pensionskonto ist eine Momentaufnahme. Jeder zusätzliche Versicherungsmonat bringt eine höhere Pension. Im internationalen Vergleich ist das Leistungsniveau gut. Die Ansprüche am Pensionskonto sind wertgesichert und werden jedes Jahr mit der durchschnittlichen Lohnentwicklung erhöht. Bei 40 Versicherungsjahren macht die Pension

ca. 70% des Arbeitseinkommens aus. Netto sind es sogar 80%. In anderen Ländern wurde das öffentliche Pensionssystem gekürzt und durch Privatvorsorge ersetzt. In Deutschland führt dies zu einem massiven Anstieg von Armut im Alter. Die steigende Lebenserwartung ist durch die bisherigen Reformen im Pensionssystem berücksichtigt worden. Eine automatische Anpassung des Pensionsalters an die Lebenserwartung, wie zuletzt von Finanzminister Schelling gefordert, käme daher einer doppelten Einrechnung gleich und würde zu massiven Pensionskürzungen führen", so Mum.

Zwtl.: IFES-Befragung zeigt: Beschäftigte vertrauen dem öffentlichen Pensionssystem

Eine Befragung unter ArbeiterInnen und Angestellten in Österreich beweist, dass die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten großes Vertrauen in das öffentliche Pensionssystem hat und die staatliche Pension als Fundament der Alterssicherung gesehen wird. Ein Umbau in Richtung mehr Privatvorsorge wird mit großer Mehrheit abgelehnt (58 Prozent erachten dies für weniger wichtig). Das Vertrauen in das Umlagesystem ist sehr hoch (71 Prozent), allerdings bei den über 40-jährigen deutlich stärker ausgeprägt (80 Prozent) als bei den Beschäftigten unter 29 Jahren (57 Prozent). Darüber hinaus sieht gerade die Gruppe der jüngeren ArbeitnehmerInnen es als zentrale Aufgabe des Pensionssystems an, dass der Lebensstandard gesichert bleibt (89 Prozent). Auch bei den Wünschen bezüglich Pensionshöhe, Nettoersatzrate und Eintrittsalter unterscheiden sich die Werte bei den jüngeren ArbeitnehmerInnen nicht von jenen der Älteren.

Zwtl.: Wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigung als beste Garantien für Pensionssicherheit

Das österreichische Pensionssystem ist zukunftssicher, vorausgesetzt, dass es Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gibt. "Anstatt junge Menschen durch Horrorszenarien zu verunsichern, sollte alles getan werden, dass diese ordentliche Beschäftigungsverhältnisse erhalten, von denen sie leben und entsprechende Beiträge für ihre Pension leisten können. Es ist kein Wunder, dass bei diesen Menschen schon eine gewisse Verunsicherung Platz gegriffen hat. Der Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse und Scheinselbstständigkeit bleibt daher ganz oben auf der Prioritätenliste", so die Bundesjugendsekretärin der GPA-djp, Barbara Kasper.

"Durch die zunehmende Digitalisierung unserer Wirtschaft wird es auch

notwendig sein, über eine neue Finanzierungsbasis für die Ausgaben der sozialen Sicherheit nachzudenken. Die gegenwärtigen Finanzierungsstrukturen der sozialen Sicherungssysteme sind auf die Auswirkungen von Digitalisierung und Automatisierung nicht vorbereitet. Denn die derzeitige Finanzierung ist primär an die Entwicklung der Löhne und Gehälter gekoppelt und belastet vor allem den Faktor Arbeit. Ich wünsche mir auch in dieser Frage eine stärker faktenbasierte Diskussion. Statt Verunsicherung auf Kosten der Jungen zu betreiben, muss nachgedacht werden, wie die Finanzierung der sozialen Sicherheit auch künftig gewährleistet werden kann", so Katzian.

~

Rückfragehinweis:

GPA-djp Öffentlichkeitsarbeit
Mag. Martin Panholzer
Tel.: 05 0301-21511
Mobil: 05 0301-61511
E-Mail: martin.panholzer@gpa-djp.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/143/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0099 2016-06-13/11:37

131137 Jun 16

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160613_OTS0099